

Interessantes aus der Politik, den Medien, dem dbb und der DPoIG. Da es sich um eine schnelle Information handelt, bleiben die Beiträge meist unkommentiert und geben lediglich die Auffassung des Autoren wieder.

Impressum:

DPoIG Bundespolizeigewerkschaft,
Seelower Str. 7, 10439 Berlin

V.i.S.d.P: Der Bundesvorstand

**Ausgabe
8/2017**

Newsletter

DPoIG wieder vermehrt in den Medien.....	1
DPoIG fordert Systemwechsel bei den Kontrollen auf Flughäfen.....	1
DPoIG Bundespolizeigewerkschaft ständig im Dialog mit der Politik	2
Guck mal, wer DA kommt! DPoIG – Forderung endlich umgesetzt.....	3
Aus – und Fortbildung mehr in den Fokus gerückt	3

DPoIG wieder vermehrt in den Medien

9. Juni 2017

In der vergangenen Woche wurde Bundesvorsitzender Ernst G. Walter gleich von zwei Fernsehsendern zu aktuellen Themen interviewt.

Im Morgenmagazin von RTL kommentierte er die Vorgänge um den Notruf im Vergewaltigungsfall „Bonner Siegauen“ und im Interview mit N24 bemängelte er in seiner Stellungnahme zum 10-Punkte Programm Innere Sicherheit der SPD, dass hierin keine Antworten auf die aktuelle Belastungssituation in der Bundespolizei enthalten seien.

Dabei wiederholte er seine Forderung nach einer dringend erforderlichen kurzfristigen Entlastung der Kolleginnen und Kollegen in der Bundespolizei durch vermehrte und vor allem kurzfristige Einstellung von Verwaltungspersonal zur Entlastung von administrativen Arbeiten und von Tarifbeschäftigten zur Unterstützung bei den operativen Aufgaben.

DPoIG fordert Systemwechsel bei den Kontrollen auf Flughäfen

8. Juni 2017

Terrorabwehr im Luftverkehr ist hoheitliche Aufgabe des Staates

Nach den jüngsten Terrorattacken in Europa fragen sich viele zu Beginn der Urlaubssaison, ob sie noch ohne Bedenken in ein Flugzeug steigen können. Ständig neue Berichte über von EU-Inspektoren festgestellte Mängel bei den Kontrollen bis hin zu handfesten Skandalen, wo in privaten Sicherheitsfirmen Schulungsbescheinigungen gefälscht worden sein sollen, geben laut Gewerkschaftsvertretern Anlass zu großer Sorge.

Lange Warteschlangen vor den Kontrollstellen wegen zu wenig Kontrollpersonal verärgern Flugreisende, Fluggesellschaften und Flughafenbetreiber, können aber auch gefährlich werden, denn die Konzentrationsfähigkeit der durchgehend über viele Stunden eingesetzten Kontrollkräfte leidet unter der Dauerbelastung, was zu Sicherheitslücken führen kann.

„In Deutschland haben wir die besten Kontrollgeräte und sind in der Lage, mehr Sprengstoffe als beispielsweise in den USA zu erkennen. Aber beim alles entscheidenden Thema „Mensch“, dem sogenannten „human factor“, geben wir die Verantwortung allzu leichtfertig an gewinnorientiert arbeitende private Sicherheitsunternehmen ab.“ beklagt Ernst G. Walter, Bundesvorsitzender der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft.

Mit Ausnahme des Flughafens München, an dem die staatseigene Firma SGM des Freistaats Bayern die Kontrollen sicherstellt, arbeiten an den übrigen großen Flughäfen in Deutschland private Sicherheitsfirmen im Auftrag der Bundespolizei. Die DPoIG setzt sich seit Jahren in der Politik für die Rücknahme der Privatisierung der Luftsicherheitskontrollen ein und fordert einen Systemwechsel bei diesen hochsensiblen Kontrollen zur Terrorabwehr.

Walter ist davon überzeugt: „Ein einheitlicher Qualitätsstandard kann nur sichergestellt werden, wenn der Staat die hoheitlichen Terrorabwehrmaßnahmen im Luftverkehr wieder vollständig selbst in die Hand nimmt. Ob die Kontrollkräfte dabei eigene Angestellte der Bundespolizei oder wie am Flughafen München Mitarbeiter einer staatseigenen Gesellschaft sind, ist dabei nicht entscheidend. Entscheidend ist, dass eine sorgfältige Personalauswahl von in jeder Hinsicht zuverlässigen Kontrollkräften, die Aus- und Fortbildung sowie die Aufsicht über die Kontrollen komplett, unmittelbar und verantwortlich in einer Hand liegen.“

DPoIG Bundespolizeigewerkschaft ständig im Dialog mit der Politik

31. Mai 2017

Zum Frühjahrsempfang der grünen Bundestagsfraktion hatte die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen am 30. Mai 2017 ins „Radialsystem V“ in Berlin am Ostbahnhof geladen.

Der Bundesvorsitzende der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft Ernst G. Walter nahm die Einladung gerne an, denn die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft steht mit allen demokratischen Parteien im ständigen Dialog und lässt keine Möglichkeit aus, bei allen Parlamentariern für die Durchsetzung Ihrer Ziele im Interesse ihrer Mitglieder zu werben und argumentative Überzeugungsarbeit zu leisten.

Walter nutzte die Gelegenheit, aktuelle innenpolitische Fragen mit verschiedenen Politikern der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen zu diskutieren.

Im Gespräch mit MdB Irene Mihalic, der Sprecherin der Grünen für Innenpolitik und ordentliches Mitglied im Innenausschuss des Deutschen Bundestags, standen die Themen Polizeibeauftragte, Polizeiliche Unterstützungskräfte und die von Walter und Mihalic gemeinsam geforderte schnelle Lösung der Probleme bei der immer noch katastrophalen „in-door“-Versorgung mit Digitalfunk in den Bahnhöfen und Tunnelanlagen der DB-AG im Vordergrund.

Über die mangelhafte technische Ausstattung und die desolate Personallage der Bundespolizei insbesondere im bahnpolizeilichen Aufgabenbereich hatte sich Frau Mihalic, selbst gelernte Polizistin aus Gelsenkirchen, bereits vor einiger Zeit gemeinsam mit Gewerkschaftschef Walter und örtlichen Vertretern der DPoIG im Bereich der Bundespolizeiinspektion Dortmund ausführlich vor Ort informiert.

Guck mal, wer DA kommt! DPoIG – Forderung endlich umgesetzt

30. Mai 2017

10 Jahre Warten haben ein Ende...

Dem Intranet der Bundespolizei konnten wir entnehmen, dass der Präsident der Bundespolizei den ersten elektronischen Dienstaussweis der Bundespolizei erhalten hat. Damit setzt die Bundespolizei nicht nur eine langjährige und ständig wiederholte Forderung der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft um, sondern erfüllt auch die Vorgaben der „Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum elektronischen Dienstaussweis vom 7. Mai 2008“. Das ist nun immerhin fast 10 Jahre her!

Zunächst sollen die neuen Dienstaussweise im Scheckkartenformat in einem Pilotprojekt in Potsdam beim Bundespolizeipräsidium erprobt werden. Es wird seine Gründe haben, warum das Bundespolizeipräsidium in diesem Fall Pilotdienststelle ist, da es sich ja in der Vergangenheit – wie bei der Einführung von CITRIX eher zögerlich verhielt.

Entsprechend der oben genannten Verwaltungsvorschrift soll der neue Ausweis auch gleich mehrere Funktionen erfüllen. Der Dienstaussweis enthält nämlich einen kontaktlosen Speicherchip und einen kontaktbehafteten Mikroprozessorchip. Der kontaktlose Chip ermöglicht Anwendungen wie z.B. Zeiterfassung und Zutrittskontrolle; der kontaktbehaftete Chip ermöglicht z.B. kryptographische Anwendungen.

Die zum Teil arg zerfledderten Dienstaussweise sollen im Anschluss an die – wie es im Intranet heißt – „mehrmonatige Pilotierung“ sukzessive gegen die neuen Dienstaussweise ausgetauscht werden. Es werden zwei unterschiedliche Dienstaussweise für „Polizeivollzugsbeamte“ und für solche Mitarbeiter, „die nicht nur temporär bei der Bundespolizei beschäftigt sind“, erhalten.

Trotz der eigentlich unvorstellbar langen Entwicklungsdauer für einen Ausweis, der in anderen Behörden und selbst im BMI seit langem Standard ist, ist die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft erfreut darüber, dass die Einführung des Ausweises nun endlich begonnen hat und die oftmals zur Bekämpfung von Pass- und Ausweisfälschungen eingesetzten Bundespolizisten sich künftig nicht mehr dem Spott aussetzen müssen, dass ihr antiker Dienstaussweis nur deshalb so fälschungssicher sei, weil heute kein Fälscher mehr weiß, wie man mit Papierfotos und Ösen umgeht.

Aus – und Fortbildung mehr in den Fokus gerückt

29. Mai 2017

Die Delegierten des außerordentlichen Bezirksdelegiertentages der BPOLAK beschlossen eine Umstrukturierung zur Gewährleistung einer noch engeren Mitgliederbetreuung und Aufwertung der Aus- und Fortbildung innerhalb der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft.

Zur Intensivierung der Betreuung ihrer Mitglieder in den Aus- und Fortbildungseinrichtungen hat sich die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft in Teilen umstrukturiert. Damit ist die Gewerkschaft zukünftig noch näher an den Polizeianwärterinnen und –anwärtern dran und kann die Mitgliederbetreuung vor Ort effektiver gestalten. Gleichzeitig wird der Themenbereich Aus- und Fortbildung innerhalb der Gewerkschaftsorganisation durch die Bildung einer eigenen Fachkommission erheblich aufgewertet.

Den Anstoß zur internen Umorganisation gab der bisherige Bezirksverband BPOLAK selbst, der auf einem außerordentlichen Delegiertentag die Neuordnung seiner Ortsverbände zu den regionalen Bezirksverbänden vorgeschlagen und zugleich eine stärkere fachliche Ausrichtung der Gewerkschaftsvertreter in den AFZ gefordert hatte.

Deshalb wurde mit Arne Scheppach von der BPOLAK in Lübeck nun ein Bundesreferent Aus- und Fortbildung bestellt. Als sein Stellvertreter wird Frank-Jürgen Fahldieck vom AFZ Neustrelitz fungieren. Die von dem Bundesreferenten zu leitende Fachkommission „Aus- und Fortbildung“, in der die Fachreferenten AuF der regionalen Bezirksverbände vertreten sind, wird künftig die gewerkschaftlichen Forderungen im Bereich der Aus- und Fortbildung erarbeiten.

„Damit haben wir ein schlagkräftiges, auf die gerade in dieser Zeit erheblich geforderten Aus- und Fortbildungsthemen ausgerichtetes Team ins Leben gerufen. Die neue Struktur gewährleistet eine direkte Mitgliederbetreuung in den regionalen Bezirksverbänden sowie eine fachliche Expertise der im Stoff stehenden Fachreferenten in einer eigenen Fachkommission. Das wird nicht nur für unsere Mitglieder eine spürbare Verbesserung mit sich bringen!“, so Ernst G. Walter, Bundesvorsitzender der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft auf der Bundeshauptvorstandssitzung in Hamburg.

Zugleich dankte er dem bisherigen Bezirksverband BPOLAK unter dem Vorsitz von Hartmut Hancke für die in den letzten Jahren geleistete Arbeit und die zukunftsweisende Initiative.